

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Postgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4593. — Postfachkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4593

**Inseratenpreis:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M., Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Drohender Eisenbahner-Kampf.

Berlin, 7. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Die Freiheit veröffentlicht folgenden Aufruf aus der Nummer 58 des Deutschen Eisenbahners, die am 11. Dezember erscheinen wird:

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes erklärt: In den ersten Novembertagen d. J. richtete unser Vorstand im Reichsverkehrsministerium und Reichsfinanzministerium den Antrag ein, möglichst bald mit uns über eine an alle Bediensteten zu gewährende Erhöhung der Teuerungszulage zu verhandeln. In weiterer Folge hat sich dieser Antrag in präzisere Formen gekleidet. Für die Lohnbediensteten wurde allgemein die Forderung aufgestellt, die bewegliche Teuerungszulage um 1 M. pro Stunde zu erhöhen. Für die Beamten wurde folgende Forderung aufgestellt:

1. Den Teuerungszuschlag nicht mehr nach der Höhe des Einkommens zu stellen, sondern ihn für alle Besoldungsgruppen gleich hoch zu bemessen, und zwar Ortsklasse A und B 8000 M., Ortsklasse C und D 7500 M., Ortsklasse E 7000 M. Bisher bezahlte höhere Teuerungszulagen bleiben auch weiterhin bestehen.

2. Die Kinderzulagen allgemein um 100 M. zu steigern.

3. Den nichtplanmäßigen Beamten ist außerdem der volle Teuerungszuschlag wie für die planmäßigen Beamten zu gewähren.

4. Die Vorlage erhält rückwirkende Kraft ab 1. Oktober 1920.

Bis zur Stunde hat eine Verhandlung zwischen unserer Organisation und der Regierung noch nicht stattgefunden. Was der Hauptanstoß des Reichstags am 4. 12. beschlossen hat, ist in keiner Weise ausreichend, um den Forderungen der Bediensteten gerecht zu werden. Noch einmal wird zur Stunde der Versuch gemacht, diese Verhandlungen herbeizuführen. Gelingt dies nicht, oder wird die Regierung ein Entgegenkommen ablehnen, dann wird auf dem schnellsten Wege der erweiterte Vorstand des Verbandes zusammentreten, um über die Mittel und Wege zu beschließen, die dann in Anwendung zu bringen sind. Kollegen, die Stunde ist ernst. Seid bereit, wenn der Ruf an euch ertönt, einzutreten und geschlossen den uns drohenden Kampf aufzunehmen. Alle Sonderinteressen müssen unterbleiben. Wer heute noch durch irgendwelche Sonderhandlungen unseren Kampf löst, ist ein Verräter an den Interessen seiner Kollegen. Die Zeitung unseres Verbandes wird zur geeigneten Stunde die Parole an euch ertönen lassen. Seid bereit und seid einig!

## Die Volksabstimmung in Griechenland.

Athen, 7. Dezember. (TL.) Aus Athen wird gemeldet, daß über die Volksabstimmung in Griechenland bisher nur Teilergebnisse vorliegen. Sie lassen jedoch einen großen Sieg für König Konstantin erkennen. In Athen wurden von 142 000 abgegebenen Stimmen 111 500 Stimmen für König Konstantin abgegeben. In Attika lauten von 200 000 abgegebenen Stimmen 189 000 für König Konstantin.

Wie aus Athen weiter berichtet wird, ist die Abstimmung überall in aller Ruhe vor sich gegangen.

## Die Sachverständigenkonferenz in Brüssel.

London, 6. Dezember. Als Tag des Zusammenrittes der Konferenz der wirtschaftlichen Sachverständigen in Brüssel ist der 13. Dezember festgelegt worden. Deutschland wird sowohl auf dieser als auch auf der darauffolgenden Ministerkonferenz vertreten sein. Großbritannien hatte auf der fundamentalen Notwendigkeit der Teilnahme Deutschlands an den Beratungen bestanden und Frankreich hatte sich schließlich damit einverstanden erklärt.

Wie dazu aus Berlin gemeldet wird, ist beim Vorstehen der deutschen Friedensdelegation in Paris eine Note eingegangen, in der die deutsche Regierung ersucht wird, den Ministern mit größter Beschleunigung die Namen der deutschen Bevollmächtigten mitzuteilen.

## Verständigung zwischen Italien und d'Annunzio.

Berlin, 7. Dezember. (TL.) Wie das Berliner Tageblatt von zuverlässiger Seite hört, werden die Verhandlungen zwischen der italienischen Regierung und d'Annunzio tatsächlich vor einem günstigen Abschluß. Der Kommandant von Fiume hat einige Bedingungen gestellt, die jedoch sämtlich nur von formeller Bedeutung zu sein scheinen, so daß die Regierung in Rom zu ihrer Annahme geneigt ist. Vor allem dürfte es sich um die offizielle Anerkennung der Regenerität Quarnero durch Italien handeln. Man erwartet ferner die Unterscheidung des Friedensvertrages.

## Ein Gewaltakt der bürgerlichen Parlamentsmehrheit in Danzig.

Danzig, 7. Dezember. (TL.) Die verfassunggebende Versammlung des Freistaates Danzig hat sich gestern nachmittags mit den Stimmen der vier bürgerlichen Parteien zum ersten Volktag erklärt, mit einer Amtsdauer bis zum 31. Dezember 1920. Die sozialdemokratischen Parteien und die Polenfraktion stimmten dagegen. Dann schritt der neue Volktag zur Wahl des Senats. Ein Verfassungsantrag der Sozialdemokraten wurde abgelehnt. Darauf verließ die gesamte Linke den Sitzungssaal. Die zurückgebliebenen vier bürgerlichen Parteien wählten hierauf den Senat in folgender Zusammensetzung: Präsident des Senats: Oberbürgermeister Dr. Sahm; Hauptamtliche Senatoren: Kultus: Stadtschuldirektor Dr. Strund; Staatsbetriebe: Generaldirektor Prof. Dr. Noe; Generalangelegenheiten: Dr. Schwarz; Inneres: Gewerkschaftssekretär Schumme; Desentliche Arbeiten: Stadtrat Leske; Soziale Fürsorge: Stadtrat Dr. Frank; Finanzen: vorläufig unbekannt. Außerdem wurden 14 parlamentarische Senatoren gewählt, darunter als Vizepräsident der deutschnationalen Abgeordnete Landesgerichtsdirektor Dr. Ziehm, ferner 6 Deutschnationaler, 3 Mitglieder des Zentrums, 2 der freien wirtschaftlichen Vereinigung und 2 der Deutschdemokraten.

## Auch der Mord an Baasche bleibt ungeführt.

Das Berliner Tageblatt schreibt: Wie wir erfahren, hat der Rechtsvertreter der Hinterbliebenen des am 22. Mai auf seinem Gute Waldfrieden bei Sothenz von Reichswehrsoldaten erschossenen Kapitänleutnants Hans Baasche von der Staatsanwaltschaft in Schneidemühl auf eine Anfrage nach dem Stande der Angelegenheit folgende Mitteilung erhalten: „Das Verfahren ist eingestellt.“ Bekanntlich hat die Erschießung Baasches „auf der Flucht“, die nach den damals eingelaufenen Berichten einem planmäßig vorbereiteten Attentat verleiht, nicht nur die größte Aufmerksamkeit erregt. Um so löblicher ist es, daß das eingeleitete Verfahren so in aller Stille eingestellt worden ist. Selbst das Berliner Tageblatt findet es auffallend, daß man nicht einmal die Gründe für Einstellung des Verfahrens mitteilt. Aber wer wird sich über diesen Ausgang des Verfahrens noch wundern? Es ist doch im neuen Deutschland längst zur ständigen Praxis geworden, daß militärische und konterrevolutionäre Verbrecher straffrei ausgehen. Braucht man da noch besondere „Gründe“?

## Verlagung des Prinz-Prozesses.

Wie aus Berlin berichtet wird, ist wegen der Erkrankung des heilenden Berichterstatters des Gerichtshofes die Verlegung des Prinz-Prozesses beschlossen worden.

## Entwaffnung der Balachowitsch-Truppen.

London, 6. Dezember. Die Times meldet aus Warschau: Die Streitkräfte Balachowitschs wurden über die polnische Grenze gedrängt und entwaffnet. Balachowitsch befindet sich leicht verwundet in Warschau.

## Sozialistische Regierung in Sachsen.

Die gestrigen Verhandlungen in Dresden zwischen den Vertretern der Rechtssozialisten und der Unabhängigen Sozialdemokratie Sachsens über die Regierungsbildung haben Erfolg gehabt. Es wurde das Abkommen getroffen, daß den Rechtssozialisten vier Ministerposten, darunter die Ministerpräsidentenstelle, zugeteilt werden, und der Unabhängigen Sozialdemokratie drei. Die Rechtssozialisten befehlen neben dem Präsidentenposten das Finanz-, Justiz- und Wirtschaftsministerium. Die Unabhängige Sozialdemokratie stellt die Vertreter für das Ministerium des Innern, das Kultusministerium und das Arbeitsministerium.

Die Landesversammlung der U. S. P. Sachsens, die am Montag im Ständehaus tagte, hat den Genossen Pipinski für das Ministerium des Innern, den Genossen Pfeiffer für das Kultusministerium und den Genossen Jäkel (Reichstagsabgeordneter für Chemnitz-Plauen und Vorsitzender des Textilarbeiterverbandes) für das Justizministerium und Vorsitzender des Textilarbeiterverbandes) präferiert. Die Genossen Pipinski und Pfeiffer haben sich zur Annahme der Posten bereit erklärt. Genosse Jäkel hat seine persönliche Bereitschaft ausgesprochen. Seine definitive Entscheidung hängt von der Zustimmung des Vorstandes des Textilarbeiterverbandes ab.

Die Rechtssozialisten präferieren als Ministerpräsidenten den bisherigen Inhaber des Postens, Busch. Ob Justiz- und Wirtschaftsministerien von den bisherigen rechtssozialistischen Ministern weiter verwaltet werden sollen und wer für das Finanzministerium vorgeschlagen wird, ist noch nicht bekannt.

Die sozialistische Regierung für Sachsen ist — vorerst — gesichert. Der heutige Tag wird die Wahl des bisherigen rechtssozialistischen Ministerpräsidenten Busch zum Vorsteher der neuen sächsischen Regierung bringen und er wird nach den Abmachungen der beiden sozialdemokratischen Parteien für die übrigen Ministerämter Sozialdemokraten und unabhängige Sozialdemokraten berufen.

Die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien dauerten bis Montag abend. Ueber das Mindestprogramm, das unsere Partei zur Bedingung ihrer Beteiligung an der Regierung macht, gab es keine Differenz. Die Regierungsbildung erfolgt also unter Bindung auf das folgende Programm:

Entscheidende Einwirkung auf die Reichsregierung in der Richtung der Bergesellschaftung der Produktionsmittel und des Warenaustausches, insbesondere der Bergesellschaftung der Bodenschätze, der Energieerzeugung und der Wasserkraft.

In Sachsen sind die staatlichen Domänen, Forsten, Kohlenabbau, Elektrizitätserzeugung gemeinwirtschaftlich umzustellen, die Domänen zu landwirtschaftlichen Musterbetrieben auszubauen und die Arbeiter zur Mitwirkung an der Regelung der Produktion und Verwaltung heranzuziehen.

Staatliche Fürsorge für die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung durch ausreichende Lebensmittelzufuhr.

Der Wohnungsbau ist nach gemeinwirtschaftlichen und gemeinnützigen Grundätzen zu fördern; Staatsbesitzungen sind nur in diesem Sinne zu leisten. Die Staatsposten sind in den Dienst des Wohnungsbauwesens zu stellen.

Nach Schaffung der Mantelgesetzgebung durch das Reich ist die Trennung der Kirche vom Staat und der Aufbau der Schule so herbeizuführen, daß jedem beschäftigten Schüler der Aufstieg bis zur höchsten, für seine Berufseinstellung erforderlichen Bildungshöhe möglich ist.

Beschleunigte Durchführung der Gemeindeform auf der Grundlage freier Selbstverwaltung.

Schaffung von Einrichtungen zum Schutze gegen konterrevolutionäre Angriffe.

Erlaß eines Amnestiegesetzes für politische Delikte, Freilassung der politischen Gefangenen.

Die Stellung der Kommunisten war durch einen Briefwechsel geklärt, der folgende Antwort der kommunistischen Organisation Sachsens zeitigte:

An die Sozialdemokratische Partei Sachsens  
J. H. des Herrn Karl Müller.

Chemnitz,  
Dresdner Straße 38.

Einem von dem sozialdemokratischen Bezirks-Sekretariat für Oßpaffen, Dresden-N., Wettinerplatz 10, ausgefertigten Ansuchen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens, betreffs Verantwortung zweier an uns gerichteter Fragen nachkommend, lassen wir Ihnen folgenden Bescheid zugehen:

Frage 1: Ist die kommunistische Partei Sachsens bereit, in eine rein sozialistische Regierung einzutreten?

Antwort: Nein.

Frage 2: Für den Fall der Ablehnung des Eintritts in die Regierung, ist die kommunistische Partei bereit, für den von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen vorgeschlagenen Ministerpräsidenten zu stimmen, um zu vermeiden, daß ein bürgerlicher Ministerpräsident gewählt wird?

Antwort: Ja, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Frage 2 sich ebenfalls auf eine rein sozialistische Regierung bezieht.

Nur um jedes Mißverständnis von vornherein auszuweichen, sei nochmals betont, daß die Antwort auf Frage 2 uns zu keiner Handlung verpflichtet, die außerhalb wirklich revolutionärer sozialistischer Politik liegt.

Unsere Stellungnahme für unser zukünftiges Verhalten ist Ihnen aus den Ausführungen Brandlers bekannt.

Hoffend, daß obestehende Antwort Ihnen volle Klarheit gibt, zeichnet für die kommunistische Partei

J. H.: Max Reiffmann.

## Zusammentritt der Konferenz in Bern.

Ans Bern wird gemeldet: Am Sonntagvormittag trat in Bern die von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz einberufene Internationale Vor-Konferenz zusammen. Die Vor-Konferenz ist wie folgt von den Parteien offiziell besetzt: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Crispian, Ledebour, Hilferding, Rosenfeld; Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands: Fritz Adler, Otto Bauer; Deutsch-sozialdemokratische Arbeiterpartei der tschechoslowakischen Republik: Carl Cermak; Sozialdemokratische Partei Frankreichs: Longuet, Paul Faure; Unabhängige Arbeiterpartei Englands: Ballhaed, Johnson, Shinwell; Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (Mensheviks): Martow; Sozialdemokratische Partei der Schweiz: Gräber, Grimm, Suggler, Reinhard. Da die Sozialist Party Americas ihre offizielle Vertretung nicht mehr rechtzeitig entsenden konnte, ist sie offiziell durch den Genossen Gollomb vertreten. Die Sozialdemokratische Partei Lettlands hat den Genossen Longuet mit der Vertretung beauftragt. Als Vorliegende wurden bezeichnet: Reinhard, Longuet und Ledebour. Die Konferenz ist ausschließlich besetzt von Vertretern sozialistischer Parteien, die aus der zweiten Internationale ausgetreten sind. Ueber die Ergebnisse der Beratungen werden Mitteilungen erfolgen.

## Beginn der Parteispaltung in Frankreich.

Paris, 6. Dezember. Die rechtslebenden Sozialisten, unterstützt von den Vertretern des Sozialistischen Kongresses, erleben einen Aufbruch, um zum Widerstand gegen den Anstoß an die dritte Internationale aufzufordern. Auf dem Parteitag werde es sich entscheiden, wer zu den Kommunisten gehöre und wer der Sozialdemokratischen Partei treu bleibe. Die Spaltung dieses Ausschusses wird allgemein als der erste Schritt zur Spaltung der Partei angesehen. Dem Ausschuss gehören u. a. an: Renaudel, Paul Boncour, Maveras, Moutet und Brade.

## Paris, 6. Dezember.

Der sozialistische Kongress des Bezirkes Lille hat sich gegen den Anstoß an die Dritte Internationale mit 275 gegen 141 Stimmen ausgesprochen; dagegen hat der Bezirk von Robinet für den Anstoß geklämt und zwar mit 225 gegen 188 Stimmen. Die Sozialisten von Montpellier haben den Anstoß an Mostan mit 215 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Die Sozialisten des Departements Ylier haben sich für die Dritte Internationale ausgesprochen.